

Judith Bernstein
Viktor-Scheffel-Str. 5
D-80803 München

Tel. 089/34 01 95 20
Fax 089/34 01 95 21
Mobile 0173/39 22 852
mail@judith-bernstein.de
www.reiner-bernstein.de

17.08.2011

Herrn
Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Guido Westerwelle
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Westerwelle,

trotz der Flut von Briefen, die Sie sicherlich anlässlich des bevorstehenden Antrags zur Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen erhalten, hoffe ich sehr, dass Sie die Zeit für meinen Brief finden.

Mich beschäftigt der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Mit wenigen Ausnahmen lebt meine gesamte Familie (inkl. meiner jüngeren Tochter) in Israel. Ich sehe mit Sorge, dass die Regierung Israels durch ihre Politik die Zukunft des Staates gefährdet. Auch wir Juden in der sogenannten Diaspora bleiben von aggressiven Stimmungen gegenüber Israel nicht verschont, die auf dessen Politik zurückzuführen sind.

Aufgrund der deutschen Geschichte meiner Familie, die 1935 ihre Heimat in Richtung Palästina verlassen musste, weiß ich die normalen diplomatischen Beziehungen auf besonderem historischem Hintergrund zu Israel zu würdigen. Doch die deutschen historischen Belastungen können kein Anlass sein, dass der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete und der Abriegelung Gazas kein Einhalt geboten wird. Von ihrer Fortdauer sind nicht nur die Palästinenser betroffen, sondern auch die Israelis selbst. Das zeigt sich jüngst bei den Demonstrationen, auch wenn der Zusammenhang zwischen den Sozialprotesten und der Besetzung noch nicht allen Israelis klar ist.

Nach dem jahrzehntelangen Niedergang des Friedensprozesses ist die Anerkennung Palästinas für viele Menschen in der Region ein Anlass zu politischer Hoffnung. Deshalb verstehen sie nicht, warum die Bundesregierung, die seit Jahren für die Zwei-Staaten-Lösung plädiert, sich jetzt gegen die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die Vereinten Nationen wehrt. Natürlich wird die Besatzung mit diesem Schritt nicht sofort beendet sein. Aber die formale Unabhängigkeit wird neue politische und völkerrechtliche Chancen eröffnen sowie in der palästinensischen Gesellschaft eine Dynamik des Aufbaus in Gang setzen. Sollte die Aufnahme in die UN jedoch scheitern, dürften die Palästinenser das Vertrauen in die Regierung von Präsident Abbas verlieren – mit unabsehbaren Konsequenzen, vor denen Israel nicht verschont bleiben wird.

Die Regierung von Präsident Barack Obama ist mit massiven inneren Problemen befasst. Deshalb sollte die Bundesregierung im europäischen Konzert eine zentrale Führungsrolle für die Regelung des Nahostkonflikts übernehmen, schließlich genießt sie auf beiden Seiten hohes Ansehen. Angesichts der Umbrüche in der arabischen Welt mit ungewissem Ausgang sollte der israelisch-palästinensischen Konfrontation höchste Aufmerksamkeit zukommen.

Deshalb bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, die frühe ablehnende Entscheidung der Bundesregierung nochmals zu überdenken.

Ich danke Ihnen und verbleibe
mit freundlichen Grüßen